

**Protokoll
über die 45. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen (Sondersitzung) am
25.09.2007**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret	SPD-Fraktion
Brill, Anna	Fraktion DIE LINKE
Nagel, Cornelia	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian	CDU-Fraktion und Liberale
Woywode, Robert	CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Marksteiner, Klaus	Fraktion DIE LINKE
Mielke, Axel	
Schulz, Andreas	Fraktion DIE LINKE

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Bartsch, Ulrich
Block, Steffen
Junghans, Hermann
Meer, Ludger

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Annika Winter

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Information über die Haushaltssperre

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 45. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Vertreter der Verwaltung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung festgesetzt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Information über die Haushaltssperre

Bemerkungen:

Der Beigeordnete, Herr Junghans, informiert über die Haushaltssperre in Höhe von 20 Prozent im Dezernat III und in Höhe von 15 Prozent in den übrigen Dezernaten. Eine Differenzierung sei vorgenommen worden, um die Verantwortung des Dezernates deutlich zu machen. Aufgrund der aktuellen Ausgabesituation sei es bereits zum jetzigen Zeitpunkt unmöglich alle Haushaltsstellen des Amtes für Soziales und Wohnen zu bedienen.

Frau Dr. Bank fragt nach, ob einzelne Haushaltsstellen bereits bei der Planung zu niedrig angesetzt worden seien. Hierzu führt die Verwaltung aus, dass für die stationäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen bereits im Nachtragshaushaltsplan 2007 höhere Ausgaben berücksichtigt worden seien. Reserven hätten allerdings nicht berücksichtigt werden können, da das Innenministerium den Nachtrag nicht genehmigt hätte.

Herr Bartsch, Leiter des Finanzverwaltungsamtes, führt aus, dass es nicht vorgesehen ist mit einer pauschalen Sperre und einzelnen Freigabeanträge weiterzuarbeiten. Vielmehr sei es vorgesehen, dass die Verwaltung der Stadtvertreter die endgültig zu sperrenden Beträge benennt und sich das Einvernehmen der Stadtvertretung in der Sitzung am 15. Oktober einholt. Möglicherweise würden die hier strittigen Haushaltsstellen (Fördermittel), also gar nicht tangiert und nach der Entscheidung der Stadtvertretung wieder freigegeben.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

Protokollführer